

Von: Katrin Urban Mangold [<mailto:katrin-urban-mangold@tpponline.de>]

Gesendet: Freitag, 25. Juni 2021 12:55

An: 'ob-buero@passau.de' <ob-buero@passau.de>

Betreff: Antrag Generalüberholung LEP mit Schwerpunkt Klimaschutz und Krisenstabilität

Urban Mangold, Stadtrat
für die ÖDP-Stadtratsfraktion

Herrn OB
Jürgen Dupper

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der ÖDP-Stadtratsfraktion beantrage ich, den folgenden Resolutionstext dem zuständigen Gremium zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

Die Stadt Passau fordert die Staatsregierung dazu auf, zur geplanten Neufassung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) einen breiten, fachlich und partizipativ anspruchsvollen Kommunikationsprozess einzuleiten. Dazu sollen in den 18 Planungsregionen des Freistaates jeweils Diskussionsforen durchgeführt werden, um die fachliche Öffentlichkeit und den Sachverstand der kommunalen Verantwortungsträger in den Entwicklungsprozess für ein neues LEP einzubringen.

Das neue LEP muss an den Erfordernissen von Klimaschutz und Nachhaltigkeit sowie an den Bedingungen einer stabilen Resilienz der Gesellschaft (gesicherte Daseinsvorsorge auch in Krisenzeiten) ausgerichtet werden. Eine Teilfortschreibung des LEP reicht dazu nicht aus, weil die Erfahrungen der Pandemie und die mittlerweile höchstrichterlichen Urteile zum Klimaschutz eine neue Faktenlage geschaffen haben.

Begründung:

Die Bayerische Staatsregierung bereitet derzeit eine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms vor. Während eine vom Wirtschaftsministerium ausgewählte Gruppe von sog. „Young Planners“ zur Mitarbeit eingeladen wurde, sollen die Kommunen wieder erst im vorletzten Akt des Verfahrens eingebunden werden. Erfahrungsgemäß gibt es zu diesem späten Zeitpunkt nur noch wenig zu korrigieren oder zu ergänzen.

Angesichts der besonderen historischen Lage – die Pandemie hat uns allen ganz neue Erfahrungen gebracht und auch das epochale Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz hat neue Maßstäbe gesetzt – halten wir einen völligen Neustart der Landesplanung und der Landesentwicklung für erforderlich; eine Teilfortschreibung des LEP ist zu wenig.

Hilfreich wäre die Durchführung eines mutigen, umfassenden Kommunikationsprozess mit dem Ziel, für den Freistaat Bayern ein öko-soziales Transformationsprogramm aufzustellen. In diese Richtung hat auch der Landtag kürzlich tendiert, als er eine Petition von Landeskomitee der Katholiken, von FridaysForFuture und der Naturschutzverbände „mit Würdigung“ an die Staatsregierung weitergab. Ähnliche Vorschläge gibt es auch von Fachgremien wie z.B. der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und vielen weiteren Verbänden (vgl. dazu <https://www.besseres-lep-bayern.de/>)

Vor allem aber sollten die Kommunen von Anfang an in diesen Prozess eingebunden werden, weil sie für die Landesentwicklung letztlich die entscheidenden Maßnahmenträger sind.

Die entscheidenden Problemfelder für eine zukunftssichernde Landesplanung sind Klimaneutralität in allen Bereichen, Beendigung des Flächenverbrauchs, proaktiver Schutz der Arten- und Lebensraumvielfalt sowie – das hat die Pandemie gelehrt - Erhalt und Stärkung regionaler,

mittelständischer und auch öffentlich-rechtlicher Versorgungs- und Leistungsstrukturen vor allem im Gesundheitswesen. Diese Erfordernisse sind heute als Voraussetzungen für die Sicherung von Lebensqualität und ökonomischer Stabilität allgemein anerkannt. Ökologische Verantwortung ist die Basis einer an humanen und sozialen Werten orientierten Landesentwicklung. Letztlich geht es auch darum, die beschlossene Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie als Basis jeglicher Raumordnung und Landesplanung heranzuziehen und in lokale Praxis umzusetzen.

Urban Mangold
für die ÖDP-Stadtratsfraktion